

Energieverbrauch

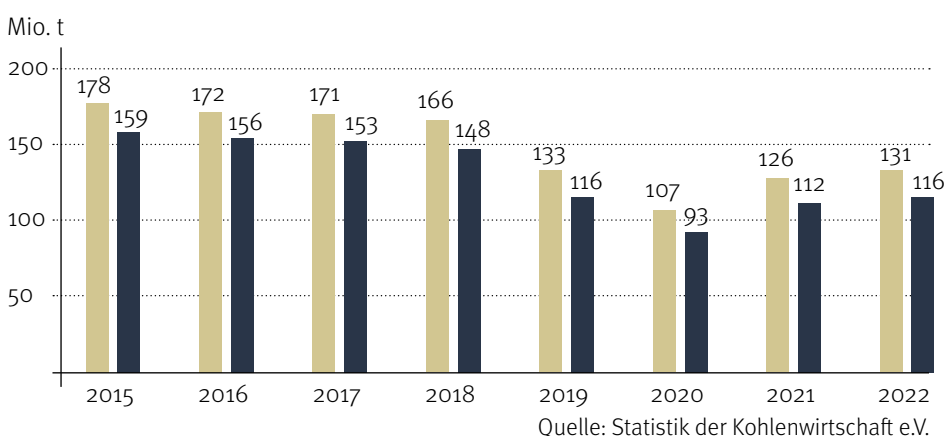
Niedrigster Stand seit der Wiedervereinigung

Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2022 eine Höhe von 11.829 Petajoule (PJ) beziehungsweise 403,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das entspricht einem Rückgang um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Energieverbrauch erreichte damit nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Trotz der sich im Jahresverlauf verstärkenden konjunkturellen Eintrübung ging von der Wirtschaft ein energieverbrauchssteigernder Effekt aus. Eine Erhöhung des Energieverbrauchs ergab sich auch aus dem Anstieg der Bevölkerung: Allein bis August erhöhte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen um knapp eine Million. Andererseits kam es infolge der stark gestiegenen Energiepreise sowohl zu kurzfristigen verhaltensbedingten Einsparungen wie auch zu Investitionen in die Energieeffizienz mit mittel- bis langfristiger Wirkung. Zur Minderung des Energieverbrauchs dürften dagegen preisbedingte Produktionskürzungen in einzelnen Wirtschaftsbranchen geführt haben. Knapp ein Prozent des Gesamtrückgangs beim Energieverbrauch führt die AG Energiebilanzen auf die gegenüber 2021 wärmere Witterung zurück. Bereinigt um den Temperatureinfluss wäre der Energieverbrauch 2022 in Deutschland nur um 3,9 Prozent gesunken.

Der Verbrauch von Braunkohle stieg um knapp 5 Prozent auf 1.185 PJ (41 Mio. t SKE). Rund 90 Prozent des Beitrages der Braunkohle zum Energieverbrauch entfällt auf die Stromerzeugung. Der Mehreinsatz von Braunkohle glich geringere Beiträge anderer Energieträger zur Erzeugung von Strom und Wärme aus und stärkte die Versorgungssicherheit. Braunkohle hatte im vergangenen Jahr einen Anteil von 10 Prozent (Vorjahr: 9,1 Prozent) am gesamten Primärenergieverbrauch in Deutschland.

Braunkohleförderung in Deutschland und Lieferungen an Kraftwerke der allgemeinen Versorgung 2015-2022 in Mio. t – Angaben für 2022 vorläufig



Der Verbrauch an Steinkohle stieg 2022 um knapp 5 Prozent und erreichte eine Höhe von 1.161 PJ (39,6 Mio. t SKE). Der Einsatz von Steinkohle in Kraftwerken erhöhte sich um mehr als 16 Prozent. In der Eisen- und Stahlindustrie wurden aufgrund der konjunkturellen Entwicklung etwa 6 Prozent weniger Steinkohle eingesetzt. Der Anteil der Steinkohle am gesamten Primärenergieverbrauch erhöhte sich von 8,9 auf 9,8 Prozent.

Die Stromerzeugung der Kernenergie lag 2022 um knapp die Hälfte niedriger als 2021. Für die Halbierung der Stromerzeugung sorgte die Stilllegung der Anlagen in Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen mit zusammen 4.000 Megawatt (MW) Leistung. Zugleich verminderten die verbliebenen drei Kraftwerksblöcke ab Oktober ihre Produktion, um den beschlossenen Weiterbetrieb bis zum 15. April 2023 sicherstellen zu können. 2022 hatte die Kernenergie einen Anteil von 3,2 Prozent (Vorjahr: 6,1 Prozent) am gesamten Energieverbrauch in Deutschland.

Der Verbrauch von Mineralöl erhöhte sich 2022 insgesamt um 3 Prozent auf 4.160 PJ (141,9 Mio. t SKE). Der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch stieg auf 35,2 Prozent (Vorjahr 32,5 Prozent). Der Verbrauch von Ottokraftstoff erhöhte sich um rund 4 Prozent. Der Erdgasverbrauch fiel 2022 um knapp 15 Prozent auf 2.814 PJ (96,0 Mio. t SKE). Das ist der niedrigste Stand seit 2014. Der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch fiel von 26,6 auf 23,8 Prozent. Die erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum Primärenergieverbrauch 2022 um 4,4 Prozent auf 2.034 PJ (69,4 Mio. t SKE). Der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Primärenergieverbrauch erreichte 2022 einen Anteil von 17,2 (Vorjahr: 15,7) Prozent.

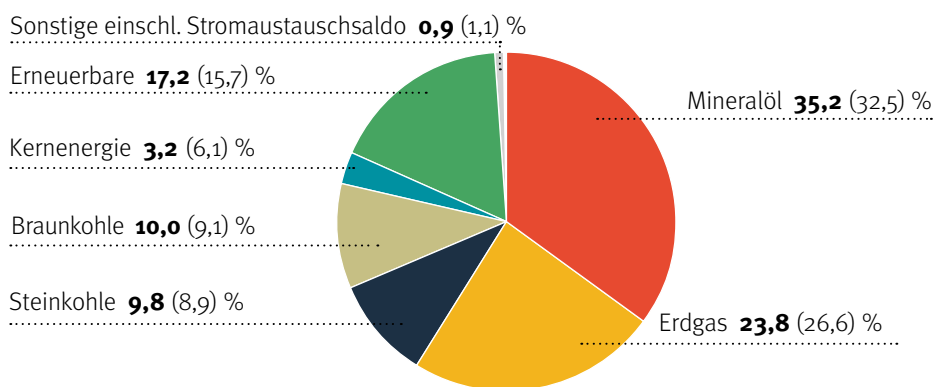
2022 floss mehr Strom ins Ausland als umgekehrt nach Deutschland hinein. In Summe betrug der Stromaustauschsaldo minus 99 PJ (3,4 Mio. t SKE). Hauptgründe für diese Entwicklung sind Verschiebungen im europäischen Stromerzeugungsmix sowie die gestiegene Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland.

Für das Gesamtjahr 2022 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen um etwa 1 Prozent oder etwa 7 Millionen Tonnen.



Download AGEB-Pressemitteilung:
<https://ag-energiebilanzen.de/energieverbrauch-faellt-2022-auf-niedrigsten-stand-seit-der-wiedervereinigung/>

Struktur des Energieverbrauchs in Deutschland 2022 - gesamt 403,6 Mio. t SKE Anteile in Prozent (Vorjahr in Klammern) – Zahlen vorläufig



Quelle: AG Energiebilanzen

Rheinland

Rückbau der ehemaligen Siedlung Lützerath steht auf sicherer rechtlicher Basis

RWE trägt derzeit durch den verstärkten Einsatz von Braunkohlekraftwerken und den Weiterbetrieb eigentlich zur Stilllegung vorgesehener Kraftwerksblöcke im Rheinland zur Versorgungssicherheit in Deutschland bei. Die mehr als ursprünglich vorgesehene

Nutzung der Braunkohle kann nach Unternehmensangaben jedoch nur mit einem planmäßigen Tagebaufortschritt gelingen. Der auf 2030 vorgezogene Kohleausstieg im Rheinland führt zu einer Halbierung der gewinnbaren Kohlemenge aus dem Tagebau Garzweiler, so dass langfristig der dritte Umsiedlungsabschnitt mit den zum Teil noch bewohnten Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath inklusive der drei Holzweiler Höfe (Eggerratherhof, Roitzerhof, Weyerhof) erhalten bleibt. Die Kohle unter der früheren Siedlung Lützerath, im unmittelbaren Vorfeld des Tagebaus, wird hingegen zeitnah benötigt, um die Kraftwerke in der aktuellen Energiekrise mit hoher Auslastung betreiben zu können und gleichzeitig ausreichend Material für die Rekultivierung zu gewinnen. Die Inanspruchnahme der seit langem von den ursprünglichen Bewohnern verlassenen Siedlung Lützerath ist Teil einer politischen Verständigung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen sowie RWE. Die Inanspruchnahme ist inzwischen auch bundesgesetzlich verankert. Zudem wurde durch eine Bewertung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen die Inanspruchnahme der Ortschaft bestätigt.

Lützerath lag nicht nur mitten im genehmigten Abbaugelände, sondern auch bereits im unmittelbaren Vorfeld des Tagebaus. Ein Gutachten der Mining Technology Consulting GmbH, die die Notwendigkeit der Inanspruchnahme Lützeraths prüfte, kommt zu dem Ergebnis, „dass unabhängig der ausgewählten bzw. möglichen Abbauführung, die Aussparung der ehemaligen Ortslage Lützerath keine bergtechnisch machbare Tagebauentwicklung zulässt. Weder die kontinuierliche Versorgung der Verbraucher mit Kohle in erforderlicher Qualität und Quantität, noch die vollständige Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft, geschweige denn ein wirtschaftlicher Betrieb können bei einer solchen Feldesteuerung ermöglicht werden.“

Das Abbaufeld, in dem die ehemalige Siedlung Lützerath lag, wurde 1995 genehmigt. Die ursprünglich knapp 100 Einwohner des kleinen Orts sind vollständig umgesiedelt – mehrheitlich in den rund acht Kilometer entfernten Ort Neu-Immerath. Die Umsiedlung wurde im April 2017 abgeschlossen.

Wo Umsiedlungen notwendig werden, geht diesen ein jahrzehntelanger und intensiver Dialogprozess mit umfangreichen Planungen und Genehmigungsverfahren voraus. Dabei hat sich das Konzept der gemeinsamen Umsiedlung bewährt. Oberstes Ziel ist der Erhalt der Dorfgemeinschaft. Dieses soll erreicht werden, indem möglichst viele Bewohner des alten Dorfes möglichst zügig in einen neuen, gemeinsam mit ihnen ausgewählten und geplanten Standort umsiedeln.

Ortslage Lützerath und Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler



Quelle: RWE

«Die Aussparung der ehemaligen Ortslage Lützerath lässt keine bergtechnisch machbare Tagebauentwicklung zu.»

MINING TECHNOLOGY CONSULTING

Entscheidend für die Nutzung der Braunkohle ist auch im Bereich Lützerath allein die nachgewiesene energiewirtschaftliche Erforderlichkeit. Diese ist in öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahren und Leitentscheidungen der Landesregierung wiederholt bestätigt worden. Gleichzeitig trägt die bergbauliche Inanspruchnahme der ehemaligen Siedlung Lützerath der aktuellen Energiekrise Rechnung.

Die Räumung der Ortslage Lützerath ist inzwischen abgeschlossen. Der Rückbau soll nach Angaben von RWE bis Mitte Januar erfolgen.



Download Informationen und Stellungnahmen der NRW-Landesregierung zum Kohleausstieg im Rheinland
<https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/kohleausstieg-2030>

Download RWE-Pressemitteilungen
<https://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/07-presse/rwe-power-ag/2023/2023-01-14-rwe-verurteilt-gewalt-bei-protesten-viele-demonstranten-brachten-sich-in-grosse-gefahr.pdf>

<https://www.rwe.com/presse/rwe-power/2023-01-16-luetzerath-aktivisten-haben-selbstgebauten-tunnel-freiwillig-verlassen>

Emissionshandel

Einnahmen klettern auf neues Rekordniveau

Die nationalen Auktionserlöse aus dem Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) erreichten im abgelaufenen Jahr mehr als 6,8 Milliarden Euro. Damit stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5 Mrd. Euro. Die Veräußerungserlöse aus dem nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) für Wärme und Verkehr lagen mit rund 6,4 Milliarden Euro dagegen um 0,8 Mrd. Euro unter dem Niveau des Vorjahres. Die Gesamteinnahmen des Bundes aus beiden Systemen lagen 2022 mit über 13 Milliarden Euro knapp oberhalb des im Vorjahr erreichten Höchstwertes von 12,5 Milliarden Euro.

Die Einnahmen aus dem EU-ETS und dem nEHS fließen vollständig in den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Aus dem Sondervermögen des Bundes werden Programme wie die Bundesförderung im Gebäudebereich, die Weiterentwicklung der Elektromobilität inklusive des Ausbaus der Ladeinfrastruktur, der Aufbau der Wasserstoffindustrie sowie die Förderung der Energieeffizienz gefördert. Auch die EEG-Umlage wird seit kurzem aus dem KTF finanziert.

Der EU-ETS umfasst die Treibhausgasemissionen aus Kraftwerken, großen Industrieanlagen und die des innereuropäischen Luftverkehrs. Die Menge der verfügbaren Emissionsberechtigungen wird jährlich gesenkt, um die Emissionen kontinuierlich zu senken. So wurden 2022 mit einer Anzahl von rund 85 Millionen deutlich weniger Emissionsberechtigungen als im Vorjahr an der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig für Deutschland versteigert (2021: 101 Millionen). Gleichzeitig stieg der Preis der Emissionsberechtigungen erheblich an: Der durchschnittliche Preis lag im vergangenen Jahr mit 80,32 Euro deutlich oberhalb des Vorjahres (52,50 Euro). Im Vergleich zu 2020 (24,61 Euro) hat sich der durchschnittliche Erlös sogar mehr als verdreifacht. Am 19.08.2022 wurde mit 96,87 Euro der höchste Preis bei einer deutschen Auktion seit Einführung des EU-ETS erzielt.

Ergänzend zum EU-ETS startete 2021 in Deutschland das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) für Wärme und Verkehr. Mit dem nEHS soll der CO₂-Ausstoß in diesen Bereichen stärker sinken, als dies bislang gelang. 2022 wurden insgesamt über 198 Millionen nEHS-Zertifikate zu einem Festpreis von 30 Euro im Gesamtwert von über 5,9 Milliarden Euro an der EEX verkauft. Weitere knapp 18,5 Millionen Zertifikate wurden im Rahmen einer begrenzten Nachkaufmöglichkeit zum Festpreis des Vorjahres in Höhe von 25 Euro veräußert – dies entspricht zusätzlichen Erlösen von rund einer halben Milliarde Euro. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr deutlich weniger Zertifikate als im Vorjahr veräußert, was trotz gestiegener Festpreise zu geringeren Einnahmen führte (2021: rund 287 Millionen Zertifikate im Gesamtwert von ca. 7,2 Milliarden Euro).

Der spürbare Rückgang der Erlöse aus den verkauften Zertifikaten im nEHS ist allerdings nicht auf sinkende Emissionen im Verkehrs- und Gebäudebereich zurückzuführen. Ursächlich ist vielmehr der Beschluss des Bundestages, die ursprünglich für 2023 vorgesehene CO₂-Preissteigerung auf 35 Euro um ein Jahr zu verschieben. Damit kosten Zertifikate in den Jahren 2022 und 2023 einheitlich 30 Euro. Das wiederum veranlasste Unternehmen, den Erwerb von Zertifikaten von 2022 auf 2023 zu verschieben.

Europa

Emissionshandel ist «Klimaschutzinstrument Nummer eins»

Das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ist das Herzstück der europäischen Klimapolitik und der Schlüssel für die Klimaneutralität der EU, heißt es in der kurz vor Weihnachten 2022 gemeinsam von Parlament und Rat der Europäischen Union beschlossenen Neufassung des ETS. Die Emissionen in den ETS-Sektoren sollen nunmehr bis 2030 um 62 Prozent gegenüber 2005 gesenkt werden, das ist ein Prozentpunkt mehr als ursprünglich von der EU-Kommission gefordert.



Download UBA-Pressemitteilung
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/rekordeinnahmen-im-emissionshandel-ueber-13>



Download der Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Einigung über die Reform des ETS
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20221212IPR64527/klimaschutz-einigung-uber-ehrgeizigeren-eu-emissionshandel-ets>

Ein zweiter neuer Emissionshandel (ETS II) für CO₂-Emissionen im Straßenverkehr sowie für Gebäude wird EU-weit bis 2027 eingeführt. Dies ist ein Jahr später als von der Kommission vorgeschlagen. Sollten die Energiepreise außergewöhnlich hoch sein, kann das ETS II bis 2028 verschoben werden. Außerdem wird ein neuer Preisstabilitätsmechanismus eingeführt. So werden 20 Millionen zusätzliche ETS II-Zertifikate freigegeben, wenn der Preis für ein Zertifikat über 45 Euro steigt.

Wie vom Parlament mehrfach gefordert, wird das Emissionshandelssystem erstmals auf den Seeverkehr ausgeweitet. Die EU-Staaten müssen zudem ab 2024 die Treibhausgasemissionen von Verbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle messen, melden und prüfen. Bis Anfang 2026 legt die Kommission einen Bericht vor, um solche Anlagen ab 2028 in den EU-Emissionshandel einzubeziehen.

«Diese Einigung wird bei geringen Kosten einen großen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten.»

PETER LIESE MDEP

Erneuerbare Energien I

Zuwachs durch windreichen Jahresbeginn

Erneuerbare Energien deckten im Jahr 2022 rund 47 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland. Das zeigen vorläufige Berechnungen des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Damit ist der Anteil um fünf Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Für den Zuwachs verantwortlich waren vor allem der windreiche Jahresbeginn mit Rekordwerten in der Stromerzeugung aus Windenergie an Land und die sonnigen Sommermonate.

Insgesamt wurden im Jahr 2022 in Deutschland nach vorläufigen Berechnungen rund 574 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom erzeugt. Das waren knapp zwei Prozent weniger als im Jahr 2021. Davon stammten 256 Mrd. kWh aus erneuerbaren Energien: Windkraftanlagen an Land machten mit 99 Mrd. kWh den größten Anteil der regenerativen Stromerzeugung aus. Photovoltaikanlagen lieferten gut 62 Mrd. kWh, dicht gefolgt von Biomasse mit knapp 47 Mrd. kWh. Rund 25 Mrd. kWh Strom stammten aus Windenergieanlagen auf See. Wasserkraftanlagen lieferten knapp 18 Mrd. kWh.

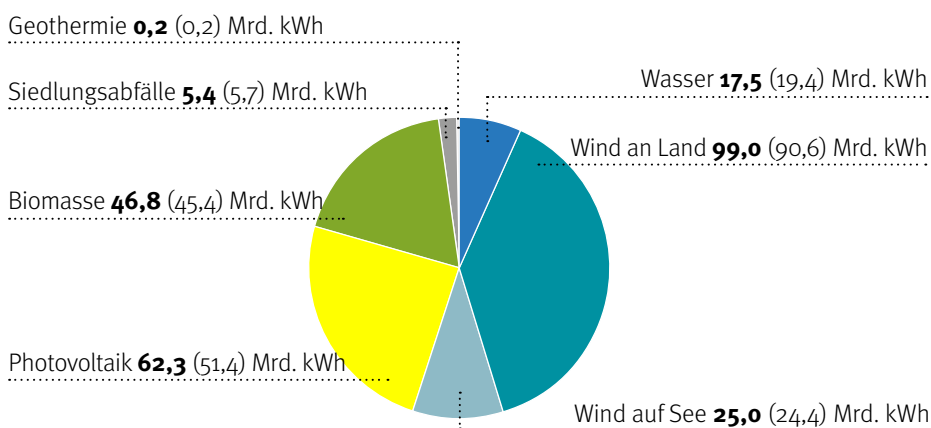
Den Ökostromanteil am Bruttostromverbrauch zu bemessen, ist die gängige Berechnungsgrundlage. Sie geht zurück auf europäische Vorgaben und steht im Einklang mit den Zieldefinitionen der Bundesregierung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Eine andere Möglichkeit ist, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung zu messen.



Download der BDEW-Pressemitteilung
<https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/erneuerbare-energien-deckten-2022-fast-die-haelfte-des-stromverbrauchs/>

Download Fachartikel zur Berechnungsmethodik
https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2022/03/et_2022_04_Kramer_Maassen.pdf

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in Deutschland 2022 in Mrd. kWh (Vorjahr in Klammern)



Quelle: BDEW, ZSW

Erneuerbare Energien II

Forschung mit Zweifeln an Ausbauzielen

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr beschlossen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch für 2030 von 65 auf 80 Prozent anzuheben. Zugleich wurden auch die Annahmen zur Entwicklung des Stromverbrauchs korrigiert: Statt bisher 595 Terawattstunden (TWh) erwartet die Bundesregierung jetzt für 2030 einen Stromverbrauch in der Größenordnung von 750 TWh. Für die erneuerbaren Energien bedeutet dies zusammen, dass ihr Beitrag zum Bruttostromverbrauch bis 2030 von ursprünglich 476 TWh auf 600 TWh steigen muss. Da 2021 in Deutschland erst rund 234 TWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wurden und 2022 der Beitrag nach vorläufigen Schätzungen auf 256 TWh stieg, müssten nach den aktuellen Berechnungen des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) bis 2030 allein täglich etwa 6 Windanlagen an Land errichtet und in Betrieb genommen werden.

Für die Zunahme des Stromverbrauchs macht das EWI vor allem vier große Einflussfaktoren verantwortlich: Im Verkehrssektor steigt die Stromnachfrage im Zuge der steigenden Zahl vollelektrisch betriebener Fahrzeuge bis 2030 um 48 TWh auf 60 TWh. Durch die (RE-)Elektrifizierung von Industrieprozessen und der steigenden Zahl von Wärmepumpen wächst der Stromverbrauch in der Industrie um 45 TWh und die Stromnachfrage der Gebäude um 28 TWh. Zusätzlich rechnet das EWI mit einem Einsatz von 29 TWh Strom zur Erzeugung von 20 TWh Wasserstoff mittels Elektrolyse.

Um bis 2030 rund 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, muss nach Berechnungen des EWI die installierte Leistung von Wind-Onshore-Anlagen auf 115 Gigawatt (GW) steigen. Bei der Photovoltaik beträgt der notwendige Zubau 215 GW.

Das EWI unterstellt, dass die Erreichung der Ausbauziele maßgeblich durch die Steigerung der Nennleistung bei neuen Onshore-Windenergieanlagen unterstützt werden kann. Im gewichteten Mittel hatten Onshore-Windenergieanlagen in den Jahren 2010 bis 2021 eine Nennleistung von 2,8 Megawatt (MW), bis 2030 soll dieser Wert auf durchschnittlich 4,9 MW steigen. Der Trend zu leistungsstärkeren Anlagen könnte Engpässe bei der Standortfindung sowie lange Genehmigungszeiten zumindest teilweise kompensieren, heißt es.

«Die Umsetzung des Ausbaupfads entspricht einem täglichen Zubau von 5,8 Windenergieanlagen zwischen 2023 und 2029.»

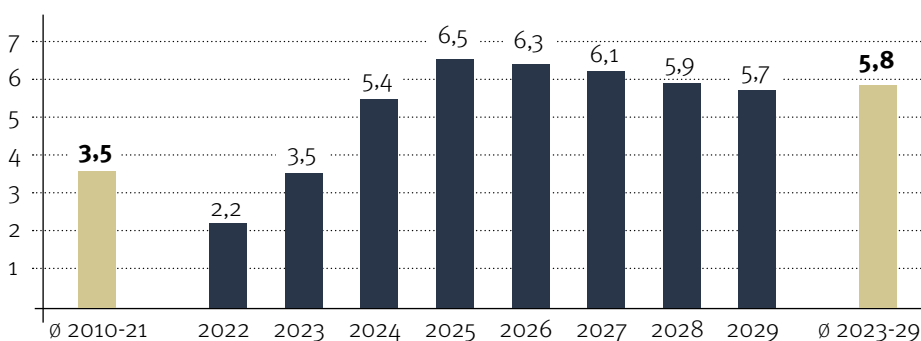
EWI KÖLN



EWI-Analyse https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2022/12/221228_EWI-Analyse-Implicationen_Osterpaket_und_EEG_2023.pdf

Umsetzung des Ausbaupfades Windenergie an Land. Täglicher Zubau bis 2030 bei steigender Nennleistung der Anlagen.

Anzahl



Quelle: EWI Köln

Rheinland

Bau der Rheinwassertransportleitung bleibt im Plan

Der auf 2030 vorgezogene Kohleausstieg im rheinischen Revier bringt gravierende Veränderungen für das betroffene Bergbauunternehmen mit sich. Dies gilt jedoch nicht für die geplante Rheinwassertransportleitung (RWTL), die für die Füllung der Tagebauseen Garzweiler und Hambach sowie für den Erhalt schützenswerter Feuchtgebiete nördlich von Garzweiler hinreichende Wassermengen heranführen soll. Änderungen waren bereits Anfang 2020 an der Planung vorgenommen worden.

Die Rheinwassertransportleitung wird – verteilt auf mehrere Abschnitte – insgesamt etwa 45 Kilometer lang sein. Vom Rhein bei Dormagen geht es über 22,4 Kilometer bis nach Grevenbroich-Allrath, wo sich die Leitung verzweigt: ein Leitungsstrang führt zum Betriebsgelände Garzweiler, das gut vier Kilometer entfernt ist. Der andere Strang ist 18,5 Kilometer lang und soll die Befüllung des Tagebausees Hambach sicherstellen. Nach Garzweiler werden rund 4,2 Kubikmeter Rheinwasser pro Sekunde strömen, nach Hambach sogar 13,8 Kubikmeter.

Bestimmender Faktor für das Projekt war und bleibt der Tagebau Hambach. Bereits nach der alten Planung sollte dort Ende 2029 die Kohleförderung eingestellt werden und im Jahr darauf die Befüllung des Restloches starten. An dieser Ausgangslage hat sich durch die neue Planung nichts verändert. Allerdings sollte der Tagebausee Hambach nach bisheriger Planung innerhalb von 50 bis 60 Jahren nach der Beendigung der Kohleförderung fertiggestellt sein. Jetzt prüft das Bergbauunternehmen, ob dies deutlich schneller geschehen kann. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts wird zudem Wasser für die schützenswerten Feuchtgebiete im Norden des Tagebaus Garzweiler benötigt.

Bundestag

Strompreisbremse verabschiedet

Der Deutsche Bundestag hat einen Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Begrenzung des Strompreisanstiegs angenommen. Die Entlastung gilt bis zum 30. April 2024. Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sollen durch ein Basispreiskontingent bei ihrem Stromverbrauch entlastet werden, indem jede Stromentnahmestelle eine bestimmte Strommenge zu einem vergünstigten Preis erhält.

Haushalte und Kleingewerbe (Entnahmestellen mit einem Verbrauch von bis zu 30.000 Kilowattstunden (kWh)) erhalten ein auf 40 Cent/kWh (inklusive Netzentgelten, Steuern, Abgaben und Umlagen) gedeckeltes Kontingent in Höhe von 80 Prozent ihres historischen Netzbezuges.

Entnahmestellen mit mehr als 30.000 kWh Jahresverbrauch erhalten ein auf 13 Cent/kWh (zuzüglich Netzentgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen) gedeckeltes Kontingent in Höhe von 70 Prozent ihres historischen Netzbezuges.

Die Strompreisbremse ist die nationale Umsetzung der EU-Notfallverordnung zur Senkung der Energiepreise, die Ende September 2022 angenommen wurde. Die Entlastungsmaßnahmen werden durch sogenannte Überschusserlöse aus der Stromerzeugung finanziert, die „in angemessenen Umfang“ abgeschöpft werden. Die Grenzwerte für die von der Abschöpfung betroffenen Energieträger werden jeweils gesondert ermittelt.



Download Gesetzentwurf,
Beschlussempfehlungen und Mitteilungen
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-energiepreisbremse-924550>

Kohleausstieg

Sachsen und Sachsen-Anhalt gegen weiteres Vorziehen des Kohleausstiegs

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hält einen Ausstieg aus der Kohle bis 2030 für sein Bundesland für unrealistisch. Gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk erklärte Kretschmer, die Lausitz benötige die Zeit bis 2038, um „wirklich neue Dinge aufzubauen“. Die aktuelle Energiekrise zeige zugleich, dass die Kohleverstromung nicht einfach beendet werden könne. Es gelte, die Energiepreise wieder in den Griff zu bekommen. Auch im Energiesystem der Zukunft sei es wichtig, dass Energie sicher und bezahlbar bleibe.

Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff lehnt einen nochmals vorgezogenen Kohleausstieg für sein Bundesland ab. Haseloff sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, er halte einen Kohleausstieg bis 2030 nicht für machbar. Ein Ausstieg im Jahr 2038 sei dagegen realistisch und mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens beschlossen worden. Das sollte jetzt nicht in Frage gestellt werden. Haseloff betonte zugleich, die vorhandenen sicheren Stromerzeugungskapazitäten müssten gerade jetzt am Netz bleiben. Sonst drohe eine weitere Mangellage.

Lausitz

Erinnerung an Kraftwerkshavarie im Extrem-Winter 1987

In der Sonderausstellung „Gras drüber ... Bergbau und Umwelt im deutsch-deutschen Vergleich“ des Deutschen Bergbau-Museums Bochum (bis 15.01.2023) wurde der Umgang mit der Umwelt in der Lausitz (Braunkohle), dem Ruhrgebiet (Steinkohle) und den Wismut-Gebieten (Uran-Erz) thematisiert. Zu den Exponaten der Ausstellung zählte auch ein Glashumpen (Inventarnummer 037000760001) des Montanhistorischen Dokumentationszentrums. Das Objekt zeigt auf der Schauseite die Aufschrift „Großkraftwerk BOXBERG Werk III Wiederaufbau 1987“.

Der Januar 1987 war mit Temperaturen zwischen -25° und -30° C ungewöhnlich kalt. Um die Brennstoffversorgung des Kraftwerks Boxberg sicherzustellen, war sogar die Mithilfe von Soldaten der damaligen Nationalen Volksarmee erforderlich, um festgefrorene Kohle aus den Förderwagen zu lösen. Zeitweise wurde das Kraftwerk sogar mit Öl betrieben. Als auch diese Notlösung nicht mehr zielführend war, entschloss man sich, die Anlage per Notfallschalter abzuschalten. Durch eine Fehlfunktion in der Schaltanlage führte dies allerdings zum Gegenteil: Statt Auszulaufen drehte sich die Turbine im Werk III kurz nach dem vermeintlichen Abschalten so schnell, dass sie überhitzte, bis eine Abfolge von Ereignissen zu einer schweren Explosion führte. Dabei wurde ein kompletter Kraftwerksblock zerstört. Der Kraftwerksblock konnte noch im selben Jahr neu aufgebaut und in Betrieb genommen werden.



Online-Quellen zur Kraftwerkshavarie:
www.saechsische.de/winterkampf-3588070.html

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/14-januar-1987-6418849.html>

<https://www.bergbau-sammlungen.de/de/aktuelles/boxberg-1987-kampf-gegen-wintermuehlen>

http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bmi/mets/dy3023_1129/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/dy30bmi/index.htm-kid-0a5fb076-dc19-4f64-909d-0a1d8389a789&sign=DY%203023/1129

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle

Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin

Dr. Thorsten Diercks

t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de



DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 17.01.2023

Druckauflage: 3.000 Exemplare